66658/3

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
18 -10- 2019
RAAD VAN STATE
WETGEVING

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 12, 14 §2, 18 §1 und 45 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 1973 zur Festlegung der gemeinsamen Regeln zur Berechnung der Tagespflegesätze, die für den Unterhalt, die Erziehung und die Pflege von Personen mit Behinderung, die zu Lasten der öffentlichen Hand untergebracht sind, gewährt werden;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und den Zuschuss für Tagesstätten für Personen mit Behinderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Februar 2014 zur Festlegung der Modalitäten für Rahmenabkommen zur Bezuschussung der Vereinigungen und Einrichtungen im Behindertenbereich;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 24. April 1973 zur Festlegung, was das Ministerium für Volksgesundheit und Familie betrifft, der besonderen Regeln, die zur Festsetzung der Tagespflegesätze zu befolgen sind, welche für den Unterhalt und die Betreuung von zu Lasten der öffentlichen Hand untergebrachten Minderjährigen und Personen mit Behinderung gewährt werden;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 23. August 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 17. September 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 20. September 2019;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:
1. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
2. Dekret: das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Dienstleister: die gemäß Artikel 12 des Dekrets anerkannten Dienste oder Einrichtungen;
4. Leistungsvereinbarung: eine gemäß Artikel 14 §2 des Dekrets zwischen der Dienststelle und einem Dienstleister abgeschlossene Vereinbarung;
5. Minister: der für Soziales zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. Person mit Unterstützungsbedarf: der in Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets erwähnte Nutznießer.

Art. 2 – Die Dienststelle kann mit Dienstleistern Leistungsvereinbarungen von mindestens einem bis höchstens fünf Jahren abschließen. Unter Einhaltung der Bestimmungen des Dekrets sowie des vorliegenden Erlasses legen diese Leistungsvereinbarung den Gegenstand der Bezuschussung, die Höhe und die weiteren Modalitäten der Bezuschussung fest.

Art. 3 – §1 – Zwecks Abschluss einer Leistungsvereinbarung erbringt der Dienstleister mindestens eine der in Artikel 12 des Dekrets genannten Unterstützungsmaßnahmen, so wie diese in den Paragrafen 2-7 näher präzisiert werden.

§2 - Die in Artikel 12 Nummer 1 des Dekrets genannten therapeutischen Angebote gewährleisten mindestens:
1. eine zielgruppenspezifische, ganzheitliche und transdisziplinäre Arbeitsweise;
2. die Anwendung diagnostischer Verfahren;
3. die Durchführung einer individuellen und zeitlich begrenzten therapeutischen Begleitung;
4. die Einbeziehung der sozio-familiären Umgebung in die therapeutische Begleitung.

Handelt es sich um ein Angebot der Frühforderung, bietet der Dienstleister zudem eine psycho-soziale Unterstützung und Begleitung an.

§3 – Die in Artikel 12 Nummer 2 des Dekrets genannten einrichtungsgebundenen Wohnformen gewährleisten mindestens:
1. familienähnliche Wohnstrukturen in möglichst kleinen Gruppen;
2. individuelle Schlafzimmer;
3. Hygiene, Pflege sowie paramedizinische und medizinische Versorgung;
4. bedarfsgerechte Mahlzeiten zu den üblichen Zeiten;
5. eine Nachtwache;

6. psycho-soziale Unterstützung und Begleitung;
7. Aktivitäten, die den Interessen und den Zielen aus dem Unterstützungsplan der Person mit Unterstützungsbedarf entsprechen, einschließlich:
a) der Förderung der Teilhabe und Beteiligung am gemeinschaftlichen Zusammenleben;
b) der Inklusion der Bewohner in die Gesellschaft;
c) der Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Bewohner;
8. den Personentransport zwischen der Dienstleistung und externen Aktivitäten;
9. Angebote im Sinne von Paragraf 5.

§4 – Die in Artikel 12 Nummer 3 des Dekrets genannten einrichtungsgebundene Beschäftigungsformen sind:
1. Dienste der Tagesbeschäftigung oder
2. spezialisierte Beschäftigungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Dienste der Tagesbeschäftigung gewährleisten mindestens:
1. die Aktivierung und Aktivitäten zur sozial-beruflichen und kulturellen Inklusion der Person mit Unterstützungsbedarf in die Gesellschaft;
2. Beschäftigungsangebote, die überwiegend nicht dem direkten Wettbewerb ausgesetzt sind;
3. die Pflege, Begleitung und psycho-soziale Unterstützung;
4. eine tägliche warme Mahlzeit;
5. eine Orientierung hin zu sozial-beruflichen Vorbereitungs- und Qualifizierungsprojekten, Ausbildungspraktika außerhalb der Einrichtung sowie Ausbildungen in einer Beschützenden Werkstätte;
6. den Personentransport zwischen dem gewöhnlichen Aufenthaltsort der Person und der Dienstleistung sowie zwischen der Dienstleistung und externen Aktivitäten.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten spezialisierten Beschäftigungsformen gewährleisten mindestens:
1. eine Beschäftigung auf Grundlage des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess, des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung oder des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum;
2. Beschäftigungsangebote, deren Produkte dem direkten Wettbewerb ausgesetzt sind;
3. die Begleitung einer definierten Zielgruppe;
4. angemessene und angepasste Arbeitsbedingung und Arbeitsmittel, einschließlich einer kleinen Gruppengröße;
5. kontinuierliche Schulung der Person mit Unterstützungsbedarf;
6. Begleitung und psycho-soziale Unterstützung.

§5 – Die in Artikel 12 Nummer 4 des Dekrets genannten Unterstützungs- und Entlastungsangebote gewährleisten mindestens:
1. die Begleitung einer definierten Zielgruppe in möglichst kleinen Gruppen;
2. die Hygiene und Pflege;
3. bedarfsgerechte Mahlzeiten zu den üblichen Zeiten;
4. eine Nachtwache und Schlafzimmer mit höchstens zwei Betten insofern Übernachtungen angeboten werden;
5. eine psycho-soziale Unterstützung und Begleitung;
6. den Personentransport zwischen den Standorten und den Aktivitäten;
7. Aktivitäten, die den Interessen und den Zielen aus dem Unterstützungsplan der Person mit Unterstützungsbedarf entsprechen, einschließlich:

a) der Förderung der Teilhabe und Beteiligung am gemeinschaftlichen Zusammenleben;
b) der Inklusion der Bewohner in die Gesellschaft;
c) der Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Person mit Unterstützungsbedarf;
8. insofern die Leistungsvereinbarung dies vorsieht:
a) den Personentransport von Sammelpunkten zur Dienstleistung und zurück;
b) einer der Zielgruppe angepassten Beschäftigung;
c) fachliche Unterstützung anderer Dienstleister in Bezug auf die begleiteten Personen.

§6 – Die in Artikel 12 Nummer 5 des Dekrets genannten Angebote im Bereich der Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Bewusstseinsbildung, Freizeit und Bildung sind als inklusive Angebote konzipiert. Der Dienstleister bietet hierzu angemessene Vorkehrungen an.

Die Personen mit Unterstützungsbedarf sind mehrheitlich in den Entscheidungsgremien des Dienstleisters stimmberechtigt.

§7 – Für die Anwendung dieses Erlasses gewährleisten die in Artikel 12 Nummer 6 des erwähnten spezialisierten Angebote im Bereich der Personenbeförderung einen individuell angepassten Personentransport für Personen mit Unterstützungsbedarf, für die die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder anderer von privaten Gesellschaften organisierte Transporte nicht möglich sind.

Art. 4 – Die Dienststelle genehmigt die Inanspruchnahme der in Artikel 12 Nummer 2-4 des Dekrets genannten Dienstleistungen vor Beginn aufgrund der gemäß Artikel 7 des Dekrets erstellten Bedarfsermittlung und des Unterstützungsplans.

Art. 5 – Die Dienstleister richten ein Qualitätsmanagementsystem ein. Dieses umfasst alle Dienstleistungen des betroffenen Dienstleisters.

Die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem werden in der Leistungsvereinbarung mindestens unter Berücksichtigung der zu erbringenden Dienstleistungen und des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006, festgehalten.

KAPITEL 2 – ERSTELLUNG DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 6 – Vor dem Abschluss einer Leistungsvereinbarung führt die Dienststelle in Absprache mit dem betroffenen Dienstleister eine Auswertung seiner Tätigkeiten und Funktionsweise durch.

Diese Auswertung umfasst eine Analyse des derzeitigen Angebots des Dienstleisters, des zukünftigen Dienstleistungsbedarfs, der Zufriedenheit der Person mit Unterstützungsbedarf sowie gegebenenfalls der Umsetzung der vorherigen Leistungsvereinbarung.

Art. 7 – Der Dienstleister übermittelt der Dienststelle spätestens zum 1. Juni jeden Jahres bei gleichbleibendem Auftrag eine Schätzung der Kosten und Einnahmen für das darauffolgende Jahr. Diese wird ergänzt um eine Übersicht eventueller Neuerungen in Bezug auf die Dienstleistungen.

Art. 8 – Im Rahmen der in Anwendung von Artikel 6 durchgeführten Auswertung erstellt die Dienststelle als Arbeitsgrundlage für die Verhandlungen mit dem Dienstleister einen Entwurf der Leistungsvereinbarung.

Art. 9 – In Ermangelung des Abschlusses einer Leistungsvereinbarung zum Zeitpunkt der Feststellung des Ursprungshaushalts der Dienststelle kann die Dienststelle mit Einverständnis des betroffenen Dienstleisters auf Grundlage der Inhalte der vorherigen Leistungsvereinbarung übergangsweise die Aufgaben, Maßnahmen und Leistungen bis zu einer Höchstdauer von 6 Monaten festlegen.

Bei Abschluss der Leistungsvereinbarung ersetzt diese unmittelbar und von Rechtswegen die gemäß Absatz 1 durch die Dienststelle festgelegten Maßnahmen.

KAPITEL 3 – INHALT DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 10 – Die Leistungsvereinbarung legt auf Grundlage der in Ausführung von Artikel 6 durchgeführten Auswertung mindestens folgende Aspekte fest:

1. die Angabe, welche der in Artikel 3 erwähnten Dienstleistungen erbracht wird;
2. das zu befolgende Verfahren für die Inanspruchnahme der Dienstleistung;
3. die Modalitäten der Zusammenarbeit mit der Dienststelle;
4. die Art und die zu nutzende Form der für die Bezuschussung erforderlichen Dokumentation;
5. der Dienstleistungsumfang;
6. die Höhe der Bezuschussung;
7. die Eigenbeteiligung der Person mit Unterstützungsbedarf;
8. die Auszahlungs- und Rückforderungsmodalitäten;
9. die Auswertung.

Art. 11 – §1 – Die Leistungsvereinbarung legt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, den Höchstzuschuss der Dienststelle fest, der durch die Ausführung der Leistungsvereinbarung entsteht.

Die Zuschusshöhe wird unter Berücksichtigung der möglichen Einnahmen und der zu erwartenden Kosten für die Dienstleistungen festgelegt. Einnahmen aus Spenden und Einnahmen seitens der Gemeinden werden nicht berücksichtigt. Einnahmen aufgrund von Tätigkeiten, die keinen direkten oder indirekten Bezug zu den in Anwendung dieses Erlasses bezuschussten Tätigkeiten haben, werden in der Leistungsvereinbarung ausdrücklich definiert und ebenfalls nicht berücksichtigt.

§2 – Der Zuschuss wird nach Prüfung der in Artikel 17 genannten Dokumente, die sich auf das Jahr der Leistungsvereinbarung beziehen, ausgezahlt. Die Auszahlung geschieht spätestens zum 30. Juni des Folgejahres des Jahres, auf das sich die Leistungsvereinbarung bezieht.

§3 – Die Dienststelle kann einen in der Leistungsvereinbarung gesondert ausgewiesenen Teil des Zuschusses im Laufe des Jahres zahlen, auf das sich die Leistungsvereinbarung bezieht. Die diesbezüglichen Auszahlungs- und Verrechnungsmodalitäten des Zuschusses werden in der Leistungsvereinbarung festgelegt.

§4 – Zwecks Zuordnung der im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Gehaltstabellen werden die für die Anwendung des vorliegenden Erlasses geltenden Funktionen und Zugangsbedingungen im Anhang präzisiert.

Art. 12 – Die Eigenbeteiligungsregelung der begleiteten Person mit Unterstützungsbedarf für die vereinbarte Dienstleistung wird entsprechend den im Erlass der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten

der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung festgelegten Bestimmungen in der Leistungsvereinbarung definiert.

KAPITEL 4 – GEHALTSZAHLUNG DURCH DIE DIENSTSTELLE

Art. 13 – Die Dienststelle zahlt an Personalmitglieder der Dienstleister, die der Paritätischen Kommission 319.02 für Erziehungs- und Unterbringungseinrichtungen und -dienste der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegen, die Löhne direkt aus. Sie zahlt ebenfalls die damit einhergehenden Lohnnebenkosten direkt an die entsprechenden primären Kreditoren aus.

Art. 14 – Die Berechnung und Auszahlung erfolgt in Anwendung der im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Personalzuschüsse, zuzüglich der Beträge, die aus den anwendbaren Tarifabkommen sowie betriebsinternen Regelungen hervorgehen.

Art. 15 – Innerhalb einer in der Leistungsvereinbarung festgelegten Frist, jedoch spätestens zum 30. Juni des Folgejahres, zahlt der Dienstleister die in Artikel 13 genannten Ausgaben vollständig zurück.

Art. 16 – §1 – Zwecks Berechnung und Auszahlung der Löhne verarbeitet die Dienststelle folgende die Personalmitglieder der in Artikel 13 erwähnten Dienstleister betreffenden Daten:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Nationalregisternummer, Nationalität(en);
2. Kopie des Personalausweises;
3. das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
4. Zivilstand und Familienzusammensetzung;
5. Anzahl der Personen zu Lasten, ihr Sozialstatut und Angaben über das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
6. Einkommenssituation des Partners, sein Sozialstatut und Angaben über das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
7. Identifizierung des Dienstleisters;
8. Arbeitsvertrag;
9. Datum des Dienstantritts;
10. Arbeitsbescheinigungen;
11. anwendbare Arbeitszeitregelung;
12. anwendbare Funktion gemäß dem Anhang des vorliegenden Erlasses und dem Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich;
13. Jahresbruttogehalt;
14. Angaben zum genutzten Fortbewegungsmittel für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz;
15. erlangte Diplome, Abschlüsse oder andere Qualifizierungen;
16. Anzahl tatsächlicher monatlich geleisteter und bezahlter Arbeitstage oder Arbeitsstunden und der begründeten Abwesenheiten;
17. Angaben über Art und Höhe aller übrigen öffentlichen Lohnzuschüsse und Fremdfinanzierungen;
18. Angaben zur Krankenkasse, bei der das Personalmitglied angeschlossen ist;
19. Angaben zur betriebsmedizinischen Untersuchung;
20. Angaben im Falle eines Arbeitsunfalls;
21. Name der Bank und Bankkontonummer.

Die Dienstleister übermitteln der Dienststelle die in Absatz 1 erwähnten Daten auf Anfrage.

§2 – Die in Paragraf 1 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, während höchstens 10 Jahren nach dem Ableben des betreffenden Personalmitglieds aufbewahrt.

KAPITEL 5 – KONTROLLBESTIMMUNGEN

Art. 17 – Der Dienstleister übermittelt der Dienststelle spätestens zum 15. Mai des Folgejahres:

1. eine Jahresabrechnung, eine Ergebnisrechnung und eine Saldenbilanz;
2. einen Jahresbericht des Dienstleisters.

Der Dienstleister gewährt der Dienststelle auf Anfrage Einsicht in alle Buchhaltungsunterlagen, die in Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung stehen.

Der Dienstleister informiert die Dienststelle innerhalb eines Monats nach Beschlussfassung über alle Änderungen bezüglich der Vollmachten, diese Leistungsvereinbarung zu unterzeichnen.

KAPITEL 6 – FOLGEN DER NICHT-EINHALTUNG DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 18 – Wenn die Dienststelle feststellt, dass der Dienstleister eine oder mehrere der im Dekret, im vorliegenden Erlass oder in der Leistungsvereinbarung aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt die Dienststelle den Dienstleister in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen und innerhalb derselben Frist Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Art. 19 – Kommt der Dienstleister nach der in Artikel 18 erwähnten Inverzugsetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Dienststelle die Auszahlung der Zuschüsse vollständig oder teilweise aus.

Vor der Aussetzung teilt die Dienststelle dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben ihre Absicht mit. Der Dienstleister kann bei der Dienststelle innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Die Dienststelle entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienstleister unverzüglich übermittelt.

Art. 20 – Der Dienstleister kann im Fall einer Aussetzung der Auszahlung beim Minister Beschwerde einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Dienstleister übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats, beginnend ab dem Tag der Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung.

Der Minister entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Zulässigkeit der Beschwerde.

Art. 21 – Kommt der Dienstleister nach Ablauf der Dauer der in Artikel 19 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten der Dienststelle die Leistungsvereinbarung auflösen und erforderlichenfalls gezahlte Zuschüsse für nicht erbrachte Leistungen zurückfordern.

Vor der Auflösung bzw. Rückforderung teilt der Minister dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienstleister kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Auflösung bzw. Rückforderung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienstleister unverzüglich übermittelt.

Art. 22 – Der Dienstleister kann im Fall einer Auflösung der Leistungsvereinbarung bzw. Rückforderung der Zuschüsse gemäß den in Artikel 20 festgelegten Modalitäten Beschwerde gegen den betreffenden Beschluss einreichen.

KAPITEL 5 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 23 – Beabsichtigt der Dienstleister die Dienstleistung nicht länger zu erbringen, informiert dieser die Dienststelle schriftlich mindestens 12 Monate vor dem beabsichtigten Ende der Dienstleistungserbringung.

Art. 24 – Für die Dienstleister, die bei Inkrafttreten vorliegenden Erlasses bereits eine Leistungsvereinbarung mit der Dienststelle abgeschlossen haben, findet vorliegender Erlass ab Beendigung dieser Leistungsvereinbarung Anwendung.

Art. 25 – Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 30. März 1973 zur Festlegung der gemeinsamen Regeln zur Berechnung der Tagespflegesätze, die für den Unterhalt, die Erziehung und die Pflege von Personen mit Behinderung, die zu Lasten der öffentlichen Hand untergebracht sind, gewährt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019;
2. der Erlass der Regierung vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und den Zuschuss für Tagesstätten für Personen mit Behinderung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019;
3. der Erlass der Regierung vom 20. Februar 2014 zur Festlegung der Modalitäten für Rahmenabkommen zur Bezuschussung der Vereinigungen und Einrichtungen im Behindertenbereich, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 31. Januar 2019 und vom 27. Juni 2019;
4. der Ministerielle Erlass vom 24. April 1973 zur Festlegung, was das Ministerium für Volksgesundheit und Familie betrifft, der besonderen Regeln, die zur Festsetzung der Tagespflegesätze zu befolgen sind, welche für den Unterhalt und die Betreuung von zu Lasten der öffentlichen Hand untergebrachten Minderjährigen und Personen mit Behinderung gewährt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 1995;

Art. 26 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 27 – Der für Soziales zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Anhang zum Erlass der Regierung vom ... über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen

Zuweisung der in Anhang 1 des Erlasses im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Gehaltstabellen

Funktion	Zugangsbedingung/Diplomvoraussetzung	Nr. der Gehaltstabelle
A. Erzieherpersonal		
Erzieher(in) der Klasse I	Die Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung des Hochschulwesens, mindestens Vollzeitunterricht kurzer Zyklus, bzw. Fortbildungsunterricht kurzer Zyklus, Fachrichtung Pädagogik, Psychologie, Soziales oder Paramedizin.	13
Erzieher(in) der Klasse II A	Die Inhaber folgender Diplome: - eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe in den Fachrichtungen Pädagogik, Soziales, Paramedizin oder Erziehung; - eines Krankenpflegerbrevets; - eines über Fortbildung oder Zusatzausbildung erhaltenes gleichwertiges Diplom in den angegebenen Fachrichtungen; - abgeschlossene modulare Zusatzausbildung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben.	8
Mitarbeiter(innen) mit erzieherischen Funktionen	Die Modulare Zusatzausbildung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben abgeschlossen haben.	8
Erzieher(in) der Klasse II B	Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung). Die Tätigkeit als Erzieher darf nicht länger als 5 aufeinanderfolgende Jahre ausgeübt werden. Während dieser Frist muss der Mitarbeiter entweder an der Modularen Zusatzausbildung oder an einer Ausbildung teilzunehmen, um die Qualifizierung als Erzieher Klasse II A oder I A zu erlangen, teilnehmen.	8
Erzieher(in) der Klasse III	Die Inhaber eines der folgenden Titel: - Diplom oder Zertifikat der unteren Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung); - Brevet, Zertifikat oder Abgangsbescheinigung der oberen beruflichen Sekundarstufe (mit Erfolg beendet); - Zertifikat für Krankenwärter oder Brevet Krankenhausangestellte/r oder Brevet Assistent in Krankenhauspflege.	7
Cheferzieher(in)	Inhaber eines Bachelordiploms in den Bereichen Pädagogik, Psychologie, Soziologie oder Paramedizin und müssen während 3 Jahren erzieherische	13 bis

	Tätigkeiten in Einrichtungen für Personen mit Unterstützungsbedarf ausgeübt haben. Diese Stelle kann ausschließlich von der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben gewährt werden, wenn die erzieherischen Tätigkeiten der Einrichtung auch in einer Nebenstelle, bzw. in einem besonderen Projekt ausgeübt werden.	
B. Direktionspersonal		
Leiter(in), bzw. Verantwortliche(r)	Ein Bachelordiplom in eines der in A oder D angeführten Bereichen.	14
Leiter(in)/Master	Ein Master- oder Lizenziatdiplom in den D angeführten Bereichen.	16
C. Verwaltungs- und Unterhaltspersonal		
Verwaltungskraft	Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der unteren Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung)	4
Sachbearbeiter(in)	Inhaber eines - Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung) Bescheinigung des Arbeitsamtes über die erfolgreiche Teilnahme an der Ausbildung zur polyvalenten Bürokraft; - Gesellenbriefs als Speditionskaufmann.	5
Buchhalter(in) 2. Klasse	Inhaber - eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung), Fachrichtung Handel - einer Bescheinigung des Arbeitsamtes über die erfolgreiche Teilnahme an der Ausbildung zum Hilfsbuchhalter; - eines Gesellenbriefes als Buchhalter.	6
Unterhaltsarbeiter(in)	Arbeiter ohne Qualifizierung	2
Qualifizierte(r) Unterhaltsarbeiter(in)	Arbeiter mit Berufserfahrung, ohne Abschlussdiplom oder Abgangsbescheinigung	2
Erste(r) Facharbeiter(in)	Qualifizierter Arbeiter als - Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung (aus der hervorgeht, dass der Studiengang bestanden wurde) der oberen Sekundarstufe (berufliche oder technische Ausbildung) - Inhaber eines Gesellenbriefes der mittelständischen Ausbildung; - Inhaber eines Praktikerzertifikats der mittelständischen Ausbildung mit 3 Jahren einschlägiger Berufserfahrung. Qualifizierter Unterhaltsarbeiter bei entsprechender Eignung: - mit mindestens 5 Jahren innerbetrieblicher einschlägiger Berufserfahrung; - mit mindestens 10 Jahren einschlägiger Berufserfahrung.	3

D. Besondere Funktionen		
Sozialarbeiter(in)/Sozialassistent(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Krankenpfleger(in) A2	Inhaber eines Krankenpflegerbrevets	11
Krankenpfleger(in) A1	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Kinesitherapeut(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Logopäd(in)e	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Ergotherapeut(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Assistent(in) in Psychologie	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Therapeut(in) in Psychomotorik	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Kinderpfleger(in)	Diplom in diesem Bereich oder Kindergartenassistent(in) oder Kinderbetreuer(in)	8
Familien- u. Sanitätshelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Familien- u. Seniorenhelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Pflegehelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Master in Psychologie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Pädagogik	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Kinesitherapie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Soziologie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Logopädie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Allgemeinmediziner(in)	Inhaber eines Doktordiploms in Medizin, Chirurgie und Entbindung	17
Facharzt(ärztin)	Inhaber eines Doktordiploms in Medizin, Chirurgie und Entbindung sowie einer Spezialisierung, welche entsprechend des Gutachtens der Kommission zur Anerkennung der Fachärzte erforderlich ist	18

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom .... über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen beigefügt zu werden.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

66658/3.

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
21-10-2019
RAAD VAN STATE
WETGEVING

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

Voorontwerp van een besluit van de Regering betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 12, artikel 14, § 2, artikel 18, § 1, en artikel 45, tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 maart 1973 tot bepaling van de te volgen gemeenschappelijke regels voor de vaststelling van de toelagen per dag toegekend voor onderhoud, opvoeding en behandeling van minderjarigen en van gehandicapten geplaatst ten laste van de openbare besturen;

Gelet op het besluit van de Regering van 12 december 1997 betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor mindervaliden;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 februari 2014 tot vaststelling van de nadere regels voor raamovereenkomsten over de subsidiëring van verenigingen en inrichtingen voor personen met een handicap;

Gelet op het ministerieel besluit van 24 april 1973 tot bepaling, wat betreft het Ministerie van Volksgezondheid en van het Gezin, van de te volgen bijzondere regels voor de vaststelling van de toelagen per dag, toegekend voor het onderhoud en de behandeling van de gehandicapten, geplaatst ten laste van de openbare besturen;

Gelet op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gegeven op 23 augustus 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 17 september 2019;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 20 september 2019;

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [Datum];

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ..., met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:
1° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
2° decreet: het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
3° dienstverrichters: de diensten of instellingen in de zin van artikel 12 van het decreet;
4° dienstverleningsovereenkomst: een overeenkomst die overeenkomstig artikel 14, § 2, tussen de Dienst voor zelfbeschikkend leven en een dienstverrichter is gesloten;
5° Minister: de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Sociale Aangelegenheden;
6° persoon met ondersteuningsbehoefte: de gebruiker vermeld in artikel 3, 3°, van het decreet.

Art. 2 – De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan dienstverleningsovereenkomsten sluiten met dienstverrichters voor minstens één jaar en hoogstens vijf jaar. Met inachtneming van het decreet en dit besluit worden de bestemming van de subsidie, het bedrag van de subsidie en de nadere regeling van de subsidiëring in die dienstverleningsovereenkomsten vastgelegd.

Art. 3 – § 1 – Met het oog op het sluiten van een dienstverleningsovereenkomst kan worden gesloten, verricht de dienstverrichter minstens één van de ondersteuningsmaatregelen vermeld in artikel 12 van het decreet, zoals die in de paragrafen 2 tot 7 nader gepreciseerd worden.

§ 2 - Het therapeutisch aanbod vermeld in artikel 12, 1°, van het decreet waarborgt minstens:
1° een doelgroepgerichte, holistische en transdisciplinaire werkwijze;
2° de toepassing van diagnoseprocedures;
3° de uitvoering van een individueel en in de tijd beperkte therapeutische begeleiding;
4° het betrekken van de sociale en familiale omgeving bij de therapeutische begeleiding.

Als het gaat om een aanbod voor vroege ondersteuning, dan biedt de dienstverrichter bovendien een psycho-sociale ondersteuning en begeleiding aan.

§ 3 – De instellingsgebonden woonvormen vermeld in artikel 12, 2°, van het decreet waarborgen minstens:
1° thuisvervangende woonstructuren in zo klein mogelijke groepen;
2° individuele slaapkamers;
3° hygiëne, zorg en paramedische en medische verzorging;
4° aan de behoeften aangepaste maaltijden op de gebruikelijke tijdstippen;
5° een nachtwacht;
6° psycho-sociale ondersteuning en begeleiding;
7° activiteiten die overeenstemmen met de interesses en de doelstellingen uit het ondersteuningsplan van de persoon met ondersteuningsbehoefte, met inbegrip van:
a) het stimuleren van de deelname aan en participatie in het gemeenschappelijke samenleven;
b) de inclusie van de bewoners in de maatschappij;
c) het stimuleren van zelfbeschikking en deelname van de bewoners;
8° het personenvervoer tussen de dienstverstrekking en externe activiteiten;

9° aanbod in de zin van paragraaf 5.

§ 4 – De instellingsgebonden vormen van werkgelegenheid vermeld in artikel 12, 3°, van het decreet zijn:

1° diensten voor dagwerk of

2° gespecialiseerde vormen van werkgelegenheid.

De diensten voor dagwerk vermeld in het eerste lid, 1°, waarborgen minstens:

1° de activering en activiteiten voor de socio-professionele en culturele inclusie van de persoon met ondersteuningsbehoefte in de maatschappij;

2° tewerkstellingsaanbod dat overwegend niet blootgesteld is aan directe concurrentie;

3° de zorg, begeleiding en psycho-sociale ondersteuning;

4° een dagelijkse warme maaltijd;

5° een oriëntering naar socio-professionele voorbereidings- en kwalificatieprojecten, opleidingsstages buiten de instelling en opleidingen in een beschutte werkplaats;

6° het personenvervoer tussen de gewone verblijfplaats van de persoon en de dienstverstrekking, alsook tussen de dienstverstrekking en externe activiteiten.

De gespecialiseerde vormen van werkgelegenheid vermeld in het eerste lid, 2°, waarborgen minstens:

1° een tewerkstelling op basis van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de minder-validen in het arbeidsproces, op basis van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten of op basis van het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage;

2° tewerkstellingsaanbod waarvan de producten blootgesteld zijn aan directe concurrentie;

3° de begeleiding van een gedefinieerde doelgroep;

4° redelijke en aangepaste werkvoorwaarden en werkmiddelen, met inbegrip van een kleinschalige groep;

5° voortdurende scholing van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

6° begeleiding en psycho-sociale ondersteuning.

§ 5 – Het ondersteuningsaanbod en het aanbod om belasting te verminderen vermeld in artikel 12, 4°, van het decreet waarborgen minstens:

1° de begeleiding van een gedefinieerde doelgroep, in zo klein mogelijke groepen;

2° de hygiëne en zorg;

3° aan de behoeften aangepaste maaltijden op de gebruikelijke tijdstippen;

4° een nachtwacht en een slaapkamer met hoogstens twee bedden, voor zover overnachting aangeboden wordt;

5° een psycho-sociale ondersteuning en begeleiding;

6° het personenvervoer tussen de vestigingsplaatsen en de activiteiten;

7° activiteiten die overeenstemmen met de interesses en de doelstellingen uit het ondersteuningsplan van de persoon met ondersteuningsbehoefte, met inbegrip van:

a) het stimuleren van de deelname aan en participatie in het gemeenschappelijke samenleven;

b) de inclusie van de bewoners in de maatschappij;

c) het stimuleren van zelfbeschikking en deelname van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

8° voor zover de dienstverleningsovereenkomst hierin voorziet:

a) het personenvervoer van oppikplaatsen naar de dienstverstrekking en terug;

b) een werk dat aangepast is aan de doelgroep;

c) gespecialiseerde ondersteuning van andere dienstverrichters voor de begeleide personen.

§ 6 – Het in artikel 12, 5°, van het decreet vermelde aanbod op het gebied van zelfhulp, zelfbeschikking, bewustwording, vrije tijd en onderwijs en opleiding wordt geconcipieerd als een inclusief aanbod. De dienstverrichter biedt hiertoe redelijke aanpassingen aan.

De meerderheid van de personen met ondersteuningsbehoefte is stemgerechtigd in de beslissingsorganen van de dienstverrichter.

§ 7 – Voor de toepassing van dit besluit waarborgt het in artikel 12, 6°, van het decreet vermelde gespecialiseerd aanbod op het gebied van personenvervoer een personenvervoer op maat voor personen met ondersteuningsbehoefte die geen gebruik kunnen maken van het openbaar vervoer of van ander vervoer dat georganiseerd wordt door privé-ondernemingen.

Art. 4 – De Dienst voor zelfbeschikkend leven keurt de gebruikmaking van de dienstverstrekkingen vermeld in artikel 12, 2° tot 4°, van het decreet vooraf goed op basis van de behoefteanalyse die wordt opgesteld overeenkomstig artikel 7 van het decreet en op basis van het ondersteuningsplan.

Art. 5 – De dienstverrichters zetten een kwaliteitsmanagementsysteem op. Dat omvat het volledige aanbod van de betrokken dienstverrichter.

De eisen m.b.t. het kwaliteitsmanagementsysteem worden vastgelegd in de dienstverleningsovereenkomst; daarbij wordt minstens rekening gehouden met de te verrichten diensten en het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006.

Hoofdstuk 2 – Opmaak van de dienstverleningsovereenkomst

Art. 6 – Voordat een dienstverleningsovereenkomst wordt gesloten, evalueert de Dienst voor zelfbeschikkend leven in overleg met de betrokken dienstverrichter de werkzaamheden en de werkwijze van de betrokken dienstverrichter.

Die evaluatie omvat een analyse van het huidige aanbod van de dienstverrichter, van de toekomstige vraag naar diensten, van de tevredenheid van de persoon met ondersteuningsbehoefte en, in voorkomend geval, van de uitvoering van de vorige dienstverleningsovereenkomst.

Art. 7 – Als de opdracht onveranderd blijft, bezorgt de dienstverrichter elk jaar uiterlijk op 1 juni een raming van de ontvangsten en uitgaven voor het volgende jaar aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven. Die wordt aangevuld met een overzicht van eventuele wijzigingen in de dienstverstrekkingen.

Art. 8 – In het kader van de evaluatie die met toepassing van artikel 6 wordt gemaakt, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een ontwerp van dienstverleningsovereenkomst op die als werkbasis dient voor de onderhandelingen met de dienstverrichter.

Art. 9 – Als er op het tijdstip van de vaststelling van de initiële begroting van de Dienst voor zelfbeschikkend leven geen dienstverleningsovereenkomst is gesloten, kan de Dienst voor zelfbeschikkend leven - met instemming van de betrokken dienstverrichter - de opdrachten, maatregelen en aangeboden diensten bij wijze van overgangsmaatregel op basis van de inhoud van de vorige overeenkomst vastleggen voor een maximale duur van zes maanden.

Zodra de dienstverleningsovereenkomst is gesloten, vervangt ze direct en van rechtswege de maatregelen die de Dienst voor zelfbeschikkend leven overeenkomstig het eerste lid heeft vastgelegd.

Hoofdstuk 3 – Inhoud van de dienstverleningsovereenkomst

Art. 10 – Op basis van de evaluatie die met toepassing van artikel 6 wordt gemaakt, regelt de dienstverleningsovereenkomst minstens de volgende aspecten:

1° welke van de in artikel 3 vermelde diensten verstrekt wordt;

2° welke procedure moet worden gevolgd om gebruik te maken van de aangeboden dienst;

3° de nadere regels voor de samenwerking met de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

4° welke aard van documentatie voor de subsidiëring noodzakelijk is en in welke vorm die documentatie moet worden verstrekt;

5° de omvang van de dienstverstrekking;

6° het bedrag van de subsidie;

7° de persoonlijke participatie van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

8° de nadere regels voor de betaling en terugvordering;

9° de evaluatie.

Art. 11 – § 1 – De dienstverleningsovereenkomst bepaalt, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, de hoogste subsidie van de Dienst voor zelfbeschikkend leven die door de uitvoering van de dienstverleningsovereenkomst ontstaat.

Het bedrag van de subsidie wordt vastgesteld met inachtneming van de mogelijke ontvangsten en de te verwachten kosten voor de aangeboden diensten. Ontvangsten uit giften en ontvangsten van de gemeenten worden niet meegeteld. Ontvangsten op basis van activiteiten die geen direct of indirect verband houden met de activiteiten die met toepassing van dit besluit gesubsidieerd worden, worden uitdrukkelijk in de dienstverleningsovereenkomst bepaald en worden evenmin meegeteld.

§ 2 – De subsidie wordt uitbetaald na onderzoek van de in artikel 17 vermelde documenten die betrekking hebben op het jaar van de dienstverleningsovereenkomst. De uitbetaling geschiedt uiterlijk op 30 juni van het jaar dat volgt op het jaar waarop de dienstverleningsovereenkomst betrekking heeft.

§ 3 – De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan een in de dienstverleningsovereenkomst afzonderlijk vermeld gedeelte van de subsidie uitbetalen in de loop van het jaar waarop de dienstverleningsovereenkomst betrekking heeft. De nadere regels voor de uitbetaling en berekening van de subsidie worden in de dienstverleningsovereenkomst bepaald.

§ 4 – Voor de toewijzing van de weddeschalen bepaald in het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" worden de voor de toepassing van dit besluit geldende functies en toegangsvoorwaarden gepreciseerd in de bijlage.

Art. 12 – De regeling voor de persoonlijke participatie van de begeleide persoon met ondersteuningsbehoefte in de kosten van de afgesproken dienstverstrekking wordt in de dienstverleningsovereenkomst vastgelegd overeenkomstig het besluit van de Regering van 17 december 2009 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige

Gemeenschap voor gehandicapten.

HOOFDSTUK 4 – Uitbetaling van wedden door de Dienst voor zelfbeschikkend leven

Art. 13 – De Dienst voor zelfbeschikkend leven betaalt de lonen rechtstreeks uit aan de personeelsleden van de dienstverrichters die ressorteren onder het paritair subcomité 319.02 voor de opvoedings- en huisvestingsinrichtingen en -diensten van de Franse Gemeenschap, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap. Ook de daarmee gepaard gaande sociale lasten betaalt hij rechtstreeks uit aan de primaire schuldeisers.

Art. 14 – De berekening en uitbetaling geschiedt met toepassing van de personeelssubsidies vastgelegd in het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", vermeerderd met de bedragen die voortvloeien uit de toepasselijke tariefovereenkomsten en bedrijfsinterne regelingen.

Art. 15 – De dienstverrichter betaalt de in artikel 13 vermelde uitgaven volledig terug binnen een termijn die in de dienstverleningsovereenkomst is vastgelegd, maar uiterlijk op 30 juni van het volgende jaar.

Art. 16 – § 1 – Voor de berekening en de uitbetaling van de lonen verwerkt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de volgende gegevens over de personeelsleden van de in artikel 13 vermelde dienstverrichters:

1° naam, voornaam, geboortedatum, geboorteplaats, woonplaats, rijksregisternummer, nationaliteit(en);

2° kopie van de identiteitskaart;

3° eventuele handicap;

4° burgerlijke staat en gezinssamenstelling;

5° aantal personen ten laste, hun sociaal statuut en gegevens over eventuele handicap van die personen;

6° inkomenssituatie van de partner, sociaal statuut van de partner en gegevens over eventuele handicap van de partner;

7° identificatie van de dienstverrichter;

8° werkovereenkomst;

9° datum van indiensttreding;

10° arbeidsattesten;

11° toepasselijke arbeidstijdregeling;

12° toepasselijke functie overeenkomstig de bijlage van dit besluit en overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid";

13° brutojaarloon;

14° voortbewegingsmiddel dat gebruikt wordt om het traject tussen woonplaats en werkplek af te leggen;

15° behaalde diploma's, certificaten of andere kwalificaties;

16° het aantal werkelijk per maand gepresteerde en betaalde werkdagen of werkuren en de gewettigde afwezigheden;

17° aard en bedrag van alle andere loonsubsidies van de overheid en externe financieringen;

18° ziekenfonds waarbij het personeelslid aangesloten is;

19° gegevens over het arbeidsgeneeskundig onderzoek;

20° gegevens in geval van een arbeidsongeval;

21° benaming van de bank en bankrekeningnummer.

De dienstverrichters bezorgen de gegevens vermeld in het eerste lid op verzoek aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 – Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in paragraaf 1 tot hoogstens tien jaar na het overlijden van het betrokken personeelslid bewaard.

HOOFDSTUK 5 – CONTROLEBEPALINGEN

Art. 17 – De dienstverrichter bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven uiterlijk op 15 mei van het daaropvolgende jaar:
1° een jaarafrekening, een resultatenrekening en een saldibalans;
2° een jaarverslag van de dienstverrichter.

De dienstverrichter verleent de Dienst voor zelfbeschikkend leven op verzoek inzage in alle boekhoudkundige documenten die verband houden met de dienstverleningsovereenkomst.

De dienstverrichter informeert de Dienst voor zelfbeschikkend leven binnen een maand na besluitvorming over alle wijzigingen van de volmachten om die dienstverleningsovereenkomst te ondertekenen.

Hoofdstuk 6 – Gevolgen van de niet-nakoming van de dienstverleningsovereenkomst

Art. 18 – Als de Dienst voor zelfbeschikkend leven vaststelt dat de dienstverrichter één of meer verplichtingen van het decreet, van dit besluit of van de dienstverleningsovereenkomst niet nakomt of bepalingen ervan overtreedt, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de dienstverrichter in gebreke om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen en binnen diezelfde termijn zijn standpunt omtrent de ten laste gelegde feiten te kennen te geven.

Art. 19 – Als de dienstverrichter na de ingebrekestelling vermeld in artikel 18 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betaling van de subsidies geheel of gedeeltelijk.

Vóór de schorsing deelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. De dienstverrichter kan binnen dertig dagen na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Dienst voor zelfbeschikkend leven of de betaling wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienstverrichter.

Art. 20 – In geval van een schorsing van de betaling kan de dienstverrichter een klacht indienen bij de Minister. De klacht is niet opschortend.

De dienstverrichter zendt de met redenen omklede klacht met alle relevante stukken aan de Minister; dit geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs binnen een maand, te rekenen vanaf de dag van de kennisgeving van de schorsingsbeslissing.

De Minister beslist binnen 45 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht, of de klacht ontvankelijk is.

Art. 21 – Indien de dienstverrichter na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 19 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, kan de Minister de dienstverleningsovereenkomst na een advies van de Dienst voor zelfbeschikkend leven ontbinden en zo nodig subsidies terugvorderen die uitbetaald werden voor diensten die niet geleverd werden.

Vóór de schorsing of, naargelang van het geval, vóór de terugvordering deelt de Minister de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. De dienstverrichter kan binnen dertig dagen na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister over de schorsing of, naargelang van het geval, over de terugvordering.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienstverrichter.

Art. 22 – Bij ontbinding van de dienstverleningsovereenkomst of, naargelang van het geval, terugvordering van de subsidies kan de dienstverrichter overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 20 klacht indienen tegen die beslissing.

HOOFDSTUK 5 – SLOTBEPALINGEN

Art. 23 – Als de dienstverrichter van plan is om de dienst niet langer te verstrekken, brengt hij de Dienst voor zelfbeschikkend leven minstens twaalf maanden vóór het geplande einde van de dienstverstrekking daarvan op de hoogte.

Art. 24 – Voor de dienstverrichters die bij de inwerkingtreding van dit besluit al een dienstverleningsovereenkomst met de Dienst voor zelfbeschikkend leven gesloten hebben, wordt dit besluit van toepassing zodra die dienstverleningsovereenkomst beëindigd is.

Art. 25 – Opgeheven worden:

1° het koninklijk besluit van 30 maart 1973 tot bepaling van de te volgen gemeenschappelijke regels voor de vaststelling van de toelagen per dag toegekend voor onderhoud, opvoeding en behandeling van minderjarigen en van gehandicapten geplaatst ten laste van de openbare besturen, laatstelijk gewijzigd bij besluit van de Regering van 31 januari 2019;

2° het besluit van de Regering van 12 december 1997 betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor mindervaliden, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 januari 2019;

3° het besluit van de Regering van 20 februari 2014 tot vaststelling van de nadere regels voor raamovereenkomsten over de subsidiëring van verenigingen en inrichtingen voor personen met een handicap, gewijzigd bij de besluiten van 31 januari 2019 en 27 juni 2019;

4° het ministerieel besluit van 24 april 1973 tot bepaling, wat betreft het Ministerie van Volksgezondheid en van het Gezin, van de te volgen bijzondere regels voor de vaststelling van de toelagen

per dag, toegekend voor het onderhoud en de behandeling van de gehandicapten, geplaatst ten laste van de openbare besturen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 1995.

Art. 26 – Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2020.

Art. 27 – De Minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

A. ANTONIADIS

[Datum] Bijlage bij het besluit van de Regering van ... betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters

Toewijzing van de weddeschalen die zijn vastgelegd in bijlage 1 van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid"

Functie	Toegangsvoorwaarde/diplomavereiste	Nr van de weddeschaal
A. Opvoedend personeel		
Opvoeder klasse I (m/v)	Houder van een einddiploma of studieattest van het hoger onderwijs, ten minste een onderwijs met volledig leerplan van het korte type of cursussen voor sociale promotie van het korte type; studierichtingen: pedagogie, psychologie, sociale of paramedische wetenschappen	13
Opvoeder klasse IIA (m/v)	Houder van één der volgende diploma's: - een einddiploma of een studieattest van het hoger secundair onderwijs in de studierichtingen pedagogie, sociale of paramedische wetenschappen of opvoeding; - een brevet van verpleegkundige; - een gelijkwaardig diploma in de vermelde richtingen, behaald via bijscholing of een aanvullende opleiding - een afgesloten modulaire aanvullende opleiding van de Dienst voor zelfbeschikkend leven	8
Medewerkers met opvoedende functies (m/v)	De modulaire aanvullende opleiding van de Dienst voor zelfbeschikkend leven afgesloten hebben.	8
Opvoeder klasse IIB (m/v)	Houder van een einddiploma of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding). De activiteit als opvoeder mag niet langer dan 5 opeenvolgende jaren uitgeoefend worden. In de loop van die periode zijn de medewerkers ertoe verplicht ofwel deel te nemen aan de modulaire aanvullende opleiding of aan een opleiding om de kwalificatie als opvoeder klasse IIA of IA te verwerven.	8
Opvoeder klasse III (m/v)	Houder van één van de volgende bekwaamheidsbewijzen: - diploma of getuigschrift van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding) - brevet, getuigschrift of studieattest van het hoger secundair beroepsonderwijs (met vrucht beëindigd). - getuigschrift van ziekenoppasser of brevet van ziekenhuisbediende/brevet van ziekenhuisassistent	7
Hoofdopvoeder (m/v)	Houder van een bachelordiploma in de pedagogie, psychologie, sociologie of paramedische wetenschappen + gedurende drie jaar educatieve activiteiten uitgeoefend hebben in instellingen voor personen met ondersteuningsbehoefte.	13 bis

	Die betrekking kan uitsluitend door de Dienst voor zelfbeschikkend leven toegewezen worden als de educatieve activiteiten van de inrichting ook in een filiaalinrichting of in het kader van een bijzonder project uitgeoefend worden.	
B. Leidend personeel		
Directeur of verantwoordelijke (m/v)	Een bachelordiploma in één van de gebieden vermeld in A of D.	14
Directeur/master (m/v)	Een master- of licentiaatsdiploma in de gebieden vermeld in D.	16
C. Administratief personeel en onderhoudspersoneel		
Administratief medewerker (m/v)	Houder van een einddiploma of studieattest van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding)	4
Opsteller (m/v)	Houder van - een einddiploma of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding) een attest van de dienst voor arbeidsbemiddeling dat men geslaagd is voor een opleiding tot polyvalente kantoorbediende; - houder van een eindeleertijdsgetuigschrift van de Middenstand (Gesellenbrief) als vervoercommissionair.	5
Boekhouder 2de klasse (m/v)	Houder - van een einddiploma of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding), studierichting handel - van een attest uitgereikt door de Dienst voor arbeidsbemiddeling na een met vrucht gevolgde opleiding tot hulpboekhouder; - van een eindeleertijdsgetuigschrift van de Middenstand (Gesellenbrief) als boekhouder.	6
Onderhoudswerkman (m/v)	Ongeschoold werkman	2
Geschoold onderhoudswerkman (m/v)	Werkman met beroepservaring zonder einddiploma of studieattest	2
Eerste geschoold werkman (m/v)	Geschoold werkman - houder van een einddiploma of studieattest (waaruit blijkt dat de studies met vrucht zijn gevolgd) van het hoger secundair onderwijs (technische of beroepsopleiding) - houder van een eindeleertijdsgetuigschrift van de middenstandsopleiding (Gesellenbrief) - houder van een praktijkcertificaat van de middenstandsopleiding met 3 jaar nuttige beroepservaring Geschoold onderhoudswerkman met overeenstemmende bekwaamheid: - met minstens 5 jaar nuttige beroepservaring verworven in de eigen dienst - met minstens 10 jaar nuttige	3

	beroepservaring.	

D. Bijzondere functies		
Maatschappelijk werker/maatschappelijk assistent (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Verpleegkundige A2 (m/v)	Houder van een brevet van verpleegkundige	11
Verpleegkundige A1 (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Kinesitherapeut (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Logopedist (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Ergotherapeut (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Assistent in de psychologie (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Therapeut in psychomotoriek (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Kinderverzorger (m/v)	Diploma in dat gebied of kleuterschool-assistent of kinderbegeleider (m/v)	8
Gezins- en sanitaire hulp (m/v)	Diploma in dat gebied	8
Gezins- en bejaarden-help(st)er	Diploma in dat gebied	8
Zorgkundige (m/v)	Diploma in dat gebied	8
Master in de psychologie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de pedagogie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de kinesitherapie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de sociologie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de logopedie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Huisarts (m/v)	Houder van het diploma van doctor in de genees-, heel- en verloskunde	17
Arts-specialist (m/v)	Houder van het diploma van doctor in de genees-, heel- en verloskunde alsmede van een specialisatie die vereist is overeenkomstig het advies van de erkenningscommissie van artsen-specialisten	18

[Datum] Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van ... betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

A. ANTONIADIS